

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Einleitung	17
A. Anlass und Gegenstand der Untersuchung	17
B. Gang der Untersuchung	20
Kapitel 1: Einführung in die integrierte Umweltverwaltungsorganisation der EU	23
A. Theoretische Ansätze zum europäischen Verwaltungsgefüge	23
I. Traditionelle Modelle und neuere Entwicklungen aus dem europäischen Verwaltungskooperationsrecht	24
II. Der Integrationsansatz	27
B. Die integrierte Umweltverwaltungsorganisation auf supranationaler und nationaler Ebene	28
I. Die Europäische Kommission	29
1. Generaldirektionen	30
2. Das Ausschusswesen, die Komitologie und Expertengruppen	32
II. Die Europäische Umweltagentur	34
III. Die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden	40
IV. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit	43
V. Die Europäische Chemikalienagentur	45
VI. Administrative Organe und Verwaltungsstellen der Mitgliedstaaten	47
VII. Mögliche Notwendigkeit einer weiteren Supranationalisierung der Umweltverwaltungsorganisation und einer Kompetenzverschiebung	55
Kapitel 2: Strukturelle Grundlagen der integrierten Umweltverwaltung	60
A. Integrative Organisationsvorgaben	60
I. Problemorientierte Regelungen	63
II. Medienorientierte Regelungen	66

B. Europatauglichkeit der mitgliedstaatlichen Umweltverwaltungen	67
I. Errichtung und Ausgestaltung der Umweltverwaltungen	69
1. Abgestimmte technische und funktionelle Infrastruktur	69
2. Personelle Voraussetzungen	75
II. Einheitliche, methodische Administrativtätigkeit bzw. Kooperationsstandards	78
III. Gleiche Amtssprache	80
IV. Integrationsfördernde Ansätze für den europäischen Umweltverwaltungsaufbau auf nationaler Ebene	81
C. Heterarchische und fragmentierte Ordnung	86
D. Letztkoordinierung durch die Kommission	88
E. Anpassung an den stetigen Entwicklungsprozess	91
 Kapitel 3: Das Primäre und mitgliedstaatliche Recht als Verfahrensgrundlage der integrierten Umweltverwaltung	 93
A. Das Primäre EU-Recht	93
I. Geltungskraft	94
II. Die Unionsverträge	95
1. Die Grundsatznormen	96
2. Gemeinsame umweltrechtliche Vertragsvorschriften	97
3. Das Gebot zur loyalen Zusammenarbeit	100
4. Querschnittsregelung der administrativen Zusammenarbeit	104
III. Allgemeine Verfahrensgrundsätze des EuGH	104
B. Allgemeine Verfahrensgrundsätze auf der Grundlage mitgliedstaatlichen Rechts	106
C. Entwicklungsperspektiven	109
I. Integration durch europäisches Verfahrensrecht und Deregulierung	109
II. Das Recht auf gute Verwaltung	113
 Kapitel 4: Die Rolle der integrierten Umweltverwaltung im politischen Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozess	 117
A. Kooperative Politikentwicklung durch die integrierte Umweltverwaltung	118
I. Instrumente, Dokumente und Verfahren	118
II. Anhörung des Ausschusses der Regionen	123
III. Einsetzung von beratenden Ausschüssen und Expertengruppen	124

B. Die integrierte Umweltverwaltung in der politischen Entscheidungsphase	126
C. Gemeinsame Umweltverwaltungstätigkeit im Gesetzgebungsprozess: Das Komitologieverfahren	129
I. Entstehung	130
II. Die Komitologiebeschlüsse bis 2006	132
III. Die Komitologie nach dem Vertrag von Lissabon: Die neue Komitologieverordnung 182/2011/EU	138
IV. Rechtliche Eingrenzung der Beteiligung der Komitologieausschüsse	143
V. Komitologiepraxis im Umweltbereich	145
D. Administrative Kooperation in der Folgenabschätzung	151
I. Das Impact Assessment	152
II. Die Gesetzesfolgenabschätzung	153
E. Weitere Einflussmöglichkeiten	155
I. Das Europäische Netzwerk IMPEL	156
II. Die Umweltkonferenz der Regionen	157
III. Partnerschaften	158
F. Koregulierung und Selbstregulierung	159
G. Fazit und Effizienzerwägungen	163
 Kapitel 5: Handlungsformen der integrierten Umweltverwaltung in der EU	 167
A. Europäische Verwaltungsakte	169
I. Der transnationale Verwaltungsakt als Grundform	170
1. Legitimation und Rechtmäßigkeitsmaßstab	173
2. Erscheinungsformen im Umweltsektor	175
II. Der transnationale Verwaltungsakt auf Basis eines mehrstufigen Kooperationsverfahrens	176
III. Der transnationale Verwaltungsakt unter Prüfungsvorbehalt	180
B. Der europarechtliche Verwaltungsvertrag	183
C. Einseitige Handlungsformen	188
I. Der Europäische Beschluss	188
II. Die Durchführungsverordnung	192
III. Unverbindliche, einseitige Handlungsformen	193
IV. Konsultationen zur Vorbereitung verwaltungsrechtlicher Entscheidungen	197

D. Fazit und Effizienzerwägungen	200
Kapitel 6: Der Informationsaustausch und die Amtshilfe als Mittel der integrierten Umweltverwaltung	202
A. Der Informationsaustausch	202
I. Grundlagen	203
1. Inneradministrativ verbindliche Rechtsnormen	203
2. Umweltinformationen und -daten	205
3. Umweltakteure	207
II. Informationelle Umweltverwaltungs Kooperation und -koordination	211
III. Informationspflichten	213
1. Informationsbeschaffungspflichten	213
2. Mitteilungspflichten	216
a) Auskunftspflichten	217
b) Unterrichtungspflichten	218
c) Berichtspflichten	220
d) Notifizierungspflichten	225
e) Mitteilungspflichten im Konsultationsverfahren	225
f) Ungeschriebene Mitteilungspflichten	227
IV. Europäische Umweltinformationssysteme und -netzwerke	228
1. Bereichsübergreifende Umweltinformationssysteme und -netzwerke	230
a) Das Europäische Netzwerk IMPEL und die Umweltkonferenz der Regionen	230
b) Das Europäische Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzwerk EIONET	231
c) Das EPA Netzwerk	233
d) Das Registrier- und Informationssystem der Seveso-II-Richtlinie	234
e) Das Informationssystem für das Anmeldeverfahren bei der absichtlichen Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Umwelt	235
f) Das Europäische Statistische System Eurostat	237
2. Medienbezogene Umweltinformationssysteme	238
a) Das Informationssystem im Bereich der unfallbedingten oder vorsätzlichen Meeresverschmutzung	238
b) Das Informationssystem für das Monitoring von Wäldern und Umweltwechselwirkungen	240

c) Das Informationssystem zur Messung der Luftverschmutzung in den Mitgliedstaaten	242
3. Ausblick: Das Gemeinsame Europäische Umweltinformationssystem SEIS	244
V. Der informelle Informationsaustausch außerhalb festgelegter Verfahren	245
VI. Die Informationsverwaltung und deren Grenzen	248
B. Die Amtshilfe im Umweltsektor	254
I. Zum Begriff der Amtshilfe und deren Struktur	255
II. Rechtliche Grundlagen	256
III. Erscheinungsformen	258
C. Fazit und Effizienzerwägungen	260
 Kapitel 7: Die Umweltverwaltungskontrolle und der Rechtsschutz vor dem Hintergrund des europäischen Integrationsgefüges	265
A. Die verwaltungsinterne Kontrolle bzw. Aufsicht	267
I. Die Kontrollfunktionen der Europäischen Kommission	267
1. Inspektionen als Kontrollinstrument in vertikaler Hinsicht	269
2. Haushalts- und Wirtschaftlichkeitskontrolle im Agrar(umwelt)sektor	273
II. Die Aufgaben der Europäischen Umweltagentur	275
III. Die Kontrollfunktionen der Mitgliedstaaten untereinander	276
IV. Kontrolle durch Systembildung und Vernetzung	277
B. Kontrollfunktionen der Legislative	280
C. Die Kontrolle durch und mit Hilfe der Judikative	282
D. Kooperatives Administrativhandeln im Wege des Verwaltungsvollzugs	286
E. Fazit und Effizienzerwägungen zur Umweltverwaltungskontrolle	288
F. Der Individualrechtsschutz in der integrierten Umweltverwaltung	292
I. Das prozessuale Trennungsprinzip als Ausgangspunkt der Rechtswegabgrenzung	293
II. Die Garantie des effektiven Rechtsschutzes	294
III. Die integrierte Umweltverwaltung als Herausforderung für einen effektiven Rechtsschutz	297
IV. Das Haftungssystem der Europäischen Union	302
V. Die integrierte Umweltverwaltung als Herausforderung für ein effizientes Haftungssystem	303

Kapitel 8: Resümee	305
A. Sicherung des Umweltschutzes	307
B. Herausforderungen an das europäische Umweltverfahrensrecht	309
C. Stärkung der Verantwortlichkeit und Kontrollmechanismen	316
D. Schlussfolgerung	321
Verzeichnis der Richtlinien, Verordnungen, Beschlüsse und Entscheidungen	323
Annex	337
Literaturverzeichnis	349